

KbA 10051/15

Zeitungs Spiegel

Herausgegeben vom Evangelischen
Pressverband für Rheinland

83

Essen, Dritter Hagen 23, Schließfach 689 · Fernruf Essen 24344 und 24345 · Postcheckkonto Essen 3417

Herausgegeben: Freitag, 12. Mai 1933

Nr. 28

Vertraulich!

I. Reichskirche.

=====

"Der Tag" Nr. 113 vom 12.5.1933

Neubau der evangelischen Kirche.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Arbeiten an der werdenden Deutschen Evangelischen Kirche nehmen einen guten Fortgang. Präsident D. Dr. Kapler, Landesbischof D. Marahrens und Studiendirektor Pastor D. Hesse waren mit dem Bevollmächtigten des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, im Kirchenbundesamt zu erneuter Aussprache versammelt. Sie zeigte auch diesmal volle Übereinstimmung. Bevor die Einzelheiten des neuen Verfassungswerkes zu abschließender Beratung kommen können, muß versucht werden, dem Geschlecht unserer Tage deutlich zu machen, was es heißt, evangelisch zu sein. Die reformatorischen Bekenntnisse, die dafür vor 400 Jahren aufgrund des Wortes Gottes den klassischen und unantastbaren Ausdruck gaben, rufen uns heute zu einem Akt des Bekenntens auf, wie er in der Sprache unserer Zeit und in den heute an uns herangetretenen Fragen nötig ist. Dafür das rechte Wort zu finden, versammeln sich die Bevollmächtigten nächste Woche in der Stille. Die deutsche evangelische Christenheit wird aufgefordert, Gottes Segen für das Werk zu erbitten.

II. Aus den Landes- und Provinzialkirchen.

=====

"Pressekorrespondenz" des Evangelischen Pressverbandes für Baden.

a) Die kirchlich positiven Bedenken zur kirchlichen Lage.

Die in breitester Öffentlichkeit in den Tageszeitungen geführte Diskussion über die Neugestaltung der evangelischen Kirche im neuen Reich, veranlasste den Zusammentritt zahlreicher kirchlich positiver unseres Landes zu einer Aussprache in Karlsruhe. Es stellte sich völlige Einmütigkeit darüber heraus, daß man jetzt mit Vertrauen das Ergebnis der Arbeit abzuwarten habe, mit der Präsident D. Dr. Kapler mit einem ganz kleinen Kreis von berufenen Kirchenmännern (darunter auch der Vertrauensmann des Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller) zur Förderung der verfaßten Reformation vom Deutschen Evangelischen Kirchenbund betraut worden ist. In diesem Kirchenbund ist bekanntlich auch unsere badische Landeskirche vertreten. Dieses Vertrauen ist gegründet in der Gewißheit, daß diese Arbeit in völliger Freiheit und kirchlicher Selbständigkeit zuende kommt. Ebenso einmütig ist das freudige Vertrauen zu der wiederholt von unserem Reichskanzler Adolf Hitler gegebenen Zusage, daß die Staatsleitung in die um die Neugestaltung der evangelischen Kirche gehenden Arbeiten nicht eingreifen werde. Die kirchlichen Verhältnisse in Baden sind bis zur Neuordnung durch die zu Recht bestehende Verfassung bestimmt, die unter dem Schutz auch der staatlich gegebenen Garantie von unserer kirchlichen Leitung gehandhabt wird.

Über das Verhältnis der Mitglieder der NSDAP., die ebenfalls den kirchlich Positiven angehören, zu der Glaubensbewegung "Deutscher Christen" besteht infolge parteioffizieller Auslassungen des Gaues Baden diese Bewegung Unklarheit bzw. Sorge um die kirchliche Freiheit und persönliche Entscheidung der einzelnen. Hierüber soll als bald Klarheit herbeigeführt werden.

Die Schaffung einer evangelischen Kirche deutscher Nation (Reichskirche) auf kirchlich-evangelischer Grundlage wird von den Positiven freudig begrüßt und erstrebt.

"Tägliche Rundschau" Nr. 108 vom 12.5.1933

b) Ostpreußen antwortet dem Kirchensenat.

Die ostpreußische Pfarrerschaft, die, wie kürzlich gemeldet, in einem Aufruf die Vornahme der Wahlen zu den kirchlichen Körperschaften mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuordnung der Kirchenverfassung abgelehnt und ein entsprechendes Gesuch an den Kirchensenat gerichtet hatte, veröffentlicht in der "Preußischen Zeitung" durch ihren Sprecher Lic. Vogelsang eine geharnischte Kampfansage. Es heißt darin:

"Nun ist die Antwort des preußischen Kirchensenats kalt und kurz gekommen: wir sollen doch wählen! Wir sollen wieder hinein in den Wahlkampf, der die ehrliche Einmütigkeit unserer Pfarrerschaft wieder zerbricht, hinein in den Wahlkampf, der die eben sich bildende Einheit unseres Volkes und die innerste Substanz der Kirche zerstört, hinein in das Handeln um die Mandate und die Prozente! Der Parlamentarismus der überlebten Kirchenparteien soll erhalten bleiben! Ein sinnloses Theater mit einigen Tausend Mark Unkosten soll auf der Provinzialsynode noch weiter gespielt werden! Eine Farce und Lüge! Wer kann das verstehen? Was ist das anders als schlimmste Reaktion!? Die deutschnationalen Herren vom Kirchenstaat, Vertreter der überlebten kirchlichen Parteien ("Positive Union", "Mittelpartei" usw.) versuchen ihre letzten Positionen zu halten. Vergeblich! Eine Revolte wird die ostpreußische Kirche zwar nicht machen, aber auf höchst legalen Wege wird sie, da es denn nun doch sein soll, mit dem Stimmzettel eine eindeutige Antwort geben. Die Mitglieder der Kreissynoden, die in vierzehn Tagen nach dem alten Listensystem die Provinzialsynode zu wählen haben, werden der Liste der "Deutschen Christen" einen überwältigenden Erfolg bringen."

Lic. Vogelsang ist der geistliche Obmann der "Deutschen Christen" Ostpreußens. - Wir glaubten, der Kirchensenat der Ostpreußischen Union hätte sich aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen!

III. Aufrufe.

=====

"Der Tag" Nr. 113 vom 12.5.1933

a) Zum Aufruf der Junglutheraner.

Seit etwa fünf Jahren kämpft die jungreformatrische Bewegung, die besonders in dem theologischen Nachwuchs lebendig ist, um den Einsatz ihrer wertvollen Kräfte bei den Erneuerungsbestrebungen der Kirche.

85

Diese Bewegung, die keine kirchenpolitische Gruppe darstellt und die bisher nicht zu Worte kommen konnte, hält die Stunde für gekommen, ihre Ziele der Öffentlichkeit darzulegen. Zu ihren zwölf Leitsätzen sprachen in einer Pressekonferenz Universitätsprofessor D. Dr. Schreiner, Rostock, der frühere Leiter des Johannesstifts in Spandau und Privatdozent Lic. Dr. Künneth. Die Bewegung stellt sich hinter den Aufruf der bevollmächtigten Kirchenführer und des Vertrauensmannes des Reichskanzlers Wehrkreispfarrer Müller. Man will keine Zersplitterung, sondern Sammlung, bei den kommenden Entscheidungen soll allein aus dem Wesen der Kirche heraus gehandelt werden.

Mit den Forderungen der Glaubensbewegung "Deutsche Christen" stimmen die Leitsätze in der grundsätzlichen Haltung zum Staat sowie im Kampf gegen die "Überalterung der kirchlichen Behörden und ihrer Apparatur" völlig überein. Dagegen werden Urwahlen als überwundener demokratischer Irrtum abgelehnt. Grundsätzlich wird die Ausschließung von Nichtariern aus der Kirche, die auf einer Verwechslung von Staat und Kirche beruht, zurückgewiesen. In diesem Punkt entspricht die Haltung der jungreformatorischen Bewegung der des ostpreußischen Flügels der "Deutschen Christen". Die mit Vollmacht handelnde geistliche Kirchenleitung darf die Mitarbeit der Gemeinden nicht ausschließen. Die Ernennung eines Reichsbischofs hat umgehend durch das bestehende Direktorium zu erfolgen. Bekämpft werden die Versuche einer erstorbenen liberalistischen Theologie, sich von neuem in die Kirche einzudrängen. Zum Schluß heißt es:

"So wichtig uns die Verfassungsreform der Kirche ist, so bekennen wir doch, daß das Leben des Volkes vor Gott seinen Mittelpunkt im Gebet und in der Arbeit der Gemeinde hat."

"Kreuz-Zeitung" Nr. 129 vom 12.5.1933

b) Stellungnahme zum Aufruf der Junglutheraner.

"...Dieser Kreis ruft zur Mitarbeit an der Erneuerung der Kirche auf, wendet sich scharf gegen die Vergreisung der Kirchenbehörde, stellt sich hinter die Kirchenführer D. Kapler, D. Marahrens, D. Hesse und dem Vertrauensmann Adolf Hitlers, Pfarrer Müller, betont aber für die praktische Arbeit, daß der Neubau der Kirche nicht durch Wahlen erfolgen könne. Unter den Unterzeichnern dieses Aufrufs zur Sammlung finden wir Namen wie Lic. Dörne, G. Jakobi, Lic. Künneth, Hanns Lilje, Karl Ritter, Karl Heim, Prof. W. Stählin, Riethmüller, Georg Schulz, Schreiner Generalsuperintendent Zenker."

Folgt der von uns bereits veröffentlichte Aufruf.

"Evang. Wochenblatt für die Ostmark" Nr. 20 vom 14.5.1933

c) Ein Wort der ostpreußischen Pfarrer zur Stunde.

200 Pfarrer unserer Provinz waren am 3. ds. Mts. in Königsberg beisammen anlässlich der alljährlich im Mai stattfindenden Hauptversammlung des ostpreuß. Pfarrervereins. Im Mittelpunkt der diesjährigen Beratungen stand der Dienst der Kirche an unserem Volk in der gegenwärtigen gottgeschenkten ^{Stunde} Zeit. Einmütig wurde beschlossen, als Wort zur Stunde folgendes zu veröffentlichen:

"Wir stehen in einer großen geschichtlichen Stunde. Gott ruft uns als Volk; Gott ruft uns zur Mitarbeit am Staat; Gott ruft uns zur Arbeit in der Kirche; Gott ruft uns besonders in unserer abgeschnittenen und bedrohten Heimat.

Wir hören und gehorchen dem Ruf der Stunde.

Es geht darum, daß wir uns aus dem Bruderzwist und Klassenkampf vieler zu einem Volk zusammenfinden.

Es geht darum, daß unser Staat vieler ein gesünder und sauberer, ein stärker und freier Staat werde.

Es geht darum, daß Staat und Kirche miteinander ihren gottverordneten Dienst in unserem Volke tun.

Wir sehen in unserer neuen Regierung eine Obrigkeit, die ihr Regiment als Gott verantwortlichen Dienst übt und die staatliche Gesetzgebung so handhaben will, daß der Geist Christi im Leben unseres ganzen Volkes wieder wirken kann.

Wir hören Gottes Ruf in der Kirche. Wir hören ihn aus der gewaltigen Bewegung, die unser Volk ergriffen hat. Unsere Kirche muß lebendig Antwort geben in ihrer Verkündigung, in ihrem Handeln, in ihrer Ordnung.

Verkündigung.

Wir bekennen, daß Jesus Christus, der Gekrenzte und Auferstandene, bezeugt in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments, sei unser Herr, der stänlich unsern Glaubensgehorsam fordert, der uns richtet und rettet im Leben und Sterben, für Zeit und Ewigkeit. Nichts kann uns scheiden von der Liebe Gottes, die in diesem Jesus Christus ist, unserm Herrn.

Diesen Christus zu verkündigen in Wort und Sakrament ist und bleibt die höchste Aufgabe der Kirche. Wir wollen dabei eine Sprache reden, die jeder Deutsche heute verstehen kann.

Handeln.

Diese Verkündigung soll alle Schichten und Stände erreichen. Dazu brauchen wir eine zahlenmäßige Vermehrung der Pfarrer in Stadt und Land. Wir brauchen eine straffe kirchliche Zucht und Erziehung bei Pfarrer und Gemeinde. Wir brauchen in jeder Synode eine planmäßige Schulung zunächst der Ältesten und Verordneten. Wir fordern einen christlichen Unterricht derer, die heute in die Kirche zurücktreten wollen. Wir fordern Möglichkeit regelmäßiger Wortverkündigung in den politischen und berufsständischen Organisationen, in Arbeitsdienstlager und Stellung. Durch staatliche Gesetzgebung und private Vereinstätigkeit allein ist der Kampf gegen die weithin bolschewistische sittliche Zerrüttung von Ehe und Familie, von Erziehung und Öffentlichkeit niemals zu führen. Wir erwarten von unseren Gemeinden treues tägliches Gebet, tägliches Lesen der Heiligen Schrift, regelmäßigen Besuch der Gottesdienste, regen Gebrauch der Sakramente und tätige Teilnahme am Gemeinleben. Wir rufen besonders die Männer. Ohne eine sich erneuerte Kirche wird die Seele unseres Volkes nicht gesund.

Ordnung.

Wir fordern die Zusammenfassung aller evangelisch-deutschen Christen zu einer umfassenden Kirche deutscher Nation auf dem Grunde der reformatorischen Bekenntnisse. Ein geistliches Führeramt muß geschaffen werden. Es soll keine päpstliche Gewalt in Glaubensfragen üben, aber Vollmacht in Personalfragen haben, soll eine einheitliche Führung und klare Außenvertretung der Kirche gewährleisten und Dinge, die der Ordnung bedürfen, straff anordnen.

Das geistliche Lehramt (theologische Fakultäten u. a.) bedarf einer ebenso klaren Beziehung zur Kirche wie zur wissenschaftlichen Forschung (Universität).

Die kirchlichen Vereine sollen als lebendige Zellen die Gemeinde aufbauen, nicht zerreißen.

Unsere Synoden müssen von allem Parlamentarismus befreit werden. Die kirchlichen Parteien sind so bald wie möglich aufzulösen. Die Synoden sollen wesentlich kleiner sein und geistliche, d. h. unter der Zucht des Wortes Gottes stehende Beratungen über dringende Fragen des Glaubens und Bekennens, kirchlicher Sitte und Sittlichkeit halten.

Staat und Kirche bedürfen, wie es jahrhundertlang auf evangelischem Boden gewesen ist, einer verfassungsmäßig geordneten Zusammenarbeit, schon um aller Grenzfragen des staatlichen und kirchlichen Lebens willen (Ehe, Schule, Sozialarbeit). Die Kirche sollte auch in der Staatsführung mit beratender, nicht beschließender Stimme gehört werden."

+

Wir rufen dieses Wort zur Stunde, nicht um Entscheidungen höherer-
seits voranzugreifen; es kommt uns weniger auf Einzelforderungen
an, sondern auf die innere Bereitschaft zu neuem Werk. Wir stehen
mit Vertrauen und Fürbitte hinter der Arbeit der kirchlich Be-
vollmächtigten (D. Kapler, D. Marahrens und D. Hesse) und ihrer
Zusammenarbeit mit den Bevollmächtigten des Reiches.

IV. Evangelische Vereine und Verbände.

=====

"Tägliche Rundschau" Nr. 108 vom 12.5.1933

a) Dank des Ev. Reichselternbundes an Reichsminister Frick.

Der Evangelische Reichselternbund (D. Hinderer) und der Landesverband der Christl. Elternvereine Sachsens (D. Hering) haben dem Reichsinnenminister Dr. Frick dafür gedankt, daß er in seiner Erklärung die Wiederherstellung des christlichen Charakters der Volksschule und damit die Erfüllung jahrelanger, dem Reichsinnenminister unlängst mündlich vorgetragener Wünsche der evangelischen Elternschaft verheißen hat. Sie geloben freudige Mitarbeit bei Schaffung christlicher Erziehungsgrundlagen im neuen Reich.

"Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 218/19 vom 12.5.1933

b) Deutsches Christliches Muttertum. - Leitgedanken für den Opfertag.

Das Kommissariat des Mütterdienstwerkes der Evangelischen Kirche veranstaltete im Haus der Deutschen Presse anläßlich des Muttertages am kommenden Sonntag einen Empfang, zu dem die Vertreter der Behörden, der befreundeten Verbände und Organisationen sowie der Presse zahlreich erschienen waren. Wehrkreispfarrer Müller schilderte in seiner Begrüßungsansprache, wie er am Ostersonntag zusammen mit dem Reichskanzler Adolf Hitler in dessen Zimmer sich über Tagesfragen der deutschen Kirche unterhalten habe.

Hitler habe dabei seiner Freude darüber Ausdruck gegeben, daß so viele fromme Leute ihm anlässlich seines Geburtstages Glückwünsche gesandt hätten. Weiter führte Wehrkreispfarrer Müller aus, daß das, was wir jetzt durchlebten, nicht nur eine Revolution, sondern auch eine Reformation sei. Diese große, vor uns stehende Aufgabe, die Reformation zu vollenden, sei nicht in Monaten oder wenigen Jahren zu bewältigen, sondern sei die Arbeit einer, vielleicht zweier Generationen, und bei dieser Aufgabe habe gerade die deutsche Mutter in besonderem Maße mitzuarbeiten.

V. Die "Deutschen Christen".

=====

"Kreuz-Zeitung" Nr. 129 vom 12.5.1933

a) Wehrkreispfarrer Müller und die "Deutschen Christen."

Für die Öffentlichkeit bietet die kirchenpolitische Lage ein sehr merkwürdiges Bild. Auf der einen Seite hört man davon, daß die Kirchenführer zusammen mit dem Wehrkreispfarrer Müller und Vertretern der "Deutschen Christen" verhandeln und volle Übereinstimmung erzielen, auf der anderen Seite halten die Berliner Mitglieder der Reichsleitung der "Deutschen" Christen im Lande Reden, die nicht gerade auf eine starke Übereinstimmung hindeuten. Besieht man sich freilich die Gegensätze, so ergibt sich kurz das Folgende: auf der einen Seite wird der Versuch gemacht, von der kirchlichen Autorität aus die neue Kirche zu bauen, während die andere Seite sich an das Volk wendet. Darüber aber kann gar kein Zweifel sein, daß beide Betrachtungsweisen und beide Arbeitsweisen zusammengehören. Wohl mit Rücksicht

auf die Aufgabe, das Kirch-Autoritäre mit dem Volksmäßigen zu verbinden,

hat sich ein Kreis jüngerer Laien und Pfarrer unter dem Namen "Jungreformatrische Bewegung" zusammengeschlossen...

"Tägliche Rundschau" Nr. 108 vom 12.5.1933

b) Triumvirat und "Deutsche Christen".

Wie man hört, ist durch Vermittlung von Wehrkreispfarrer Müller eine gütliche Zusammenarbeit zwischen dem Triumvirat und den im Reformausschuß mitwirkenden Vertretern der Reichsleitung der "Deutschen Christen" hergestellt. Diese Vertreter sind D. Weichert, Pf. D. Freitag, Pfarrer Peter, Domprediger D. Wienecke und R.A. Werner. Die Entscheidung über das eigentliche Bekenntnis soll bei der künftigen Nationalsynode der evangelischen Kirche liegen. Die Reichsleitung der "Deutschen Christen" hält nach wie vor daran fest, daß über die Gestalt der neuen Kirche das ganze evangelische Volk durch allgemeine Wahlen zu entscheiden hat.

VI. Kleine Mitteilungen.

=====

"Tägliche Rundschau" Nr. 108 vom 12.5.1933

a) Gleichschaltung der Theologischen Fakultäten.

Eine Forderung der "Deutschen Christen".

Die Zeitschrift "Das Evangelium im Dritten Reich " Nr. 19 fordert

die Gleichschaltung der theologischen Fakultäten. Die nötige Umgestaltung des Lehrbetriebes (z.B. Einführung von Religiöser Volkskunde u.a.) sowie die Erziehung unserer theologischen Jugend können nur unter ganz bestimmten Bedingungen geleistet werden. "Dazu genügt gerade in der Theologie nicht, daß dieser und jener von den Alten sich jetzt äußerlich parteimäßig umschaltet. Dafür ist Voraussetzung, daß man wirklich weiß, um was es heute in unserem Volk geht, daß man vor der Welle der Erneuerung, die als Erfüllung langer Sehnsucht heute unser Volksleben durchzieht und innerhalb der Kirche in den 'deutschen Christen' ihren Ausdruck findet, bis ins letzte gepackt ist. Wer Flammen anzünden will und soll, muß selbst doppelt hell in der. Wir erwarten, daß auch in den theologischen Fakultäten die schärfsten Vertreter eines erledigten Geistes auftreten. (Wer?)"

Wir fordern, daß Theologie und Freiweriende Lehrstühle in den nächsten Jahren solange mit Theologen unserer Richtung besetzt werden, bis in deutscher Fakultäten nur deutsche Christen wirken."

In einer Äußerung des Vorkreis Pfarrers Müller gegenüber dem Vertreter einer Berliner Zeitung heißt es bezüglich, die zukünftigen Pfarrer sollten neben einer ausgezeichneten wissenschaftlichen Schulung vor allen Dingen und grundlegend innerlich so beeinflusst werden, daß sie als Zeugen selbsterlebter inneren Freiwerdens dem deutschen Volk die frohe Botschaft vom Heiland verkünden können. Die Theologischen Fakultäten, einst die berufenen Vertreter des kirchlichen Lehramts, sind heute als auch heute noch zu sein), sind weithin zu Grenzen von "Privatdozenten" geworden, aus denen nur der eine oder andere wirklich zu einem Lehrer der Kirche geworden ist. Die Fakultäten, in denen aus dem Erbe zweier Jahrhunderte immer noch die Angst vor der Kirchenobrigkeit nachwirkt, haben sich hier und da lieber dem Kultusminister als dem Kirchenregiment unterstellt. Sie müssen sich jetzt darüber klar werden, ob sie zum Staat oder zur Kirche gehören wollen."

"Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 218/19 vom 12.5.1933

b) Professor D. Fuchs verhaftet.

Unter dem Verdacht staatsfeindlicher Betätigung wurde auf Veranlassung des Sommerstaatsanwalts für Thüringen in Berlin Professor D. Fuchs verhaftet. D. Fuchs war früher mehrere Jahre in Eisenach als Pfarrer tätig und ist religiöser Sozialist. Gegen ihn besteht der Verdacht aktiver politischer Betätigung gegen den heutigen Staat.

"Deutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 218/19 vom 12.5.1933

c) Sämtliche Berliner "Epa"-Geschäfte geschlossen.

Erzungen durch Arbeitsniederlegung der Angestellten.

Die Angestellten sämtlicher 14 Berliner Zweigstellen des Einheitspreisgeschäftes "Epa" haben Donnerstag nachmittag als Protest gegen die jüdische Leitung des Unternehmens die Arbeit niedergelegt, so daß die Geschäftsleitung gezwungen war, die Geschäfte zu schließen. In den Schaufenstern wurden Schilder folgenden Inhalts ausgehängt:

"Wir "Epa"-Angestellten fordern den Rücktritt des jüdischen Vorstandes, wir wollen ein deutsches Unternehmen sein."
Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

VII. Bücher zur Stunde.

=====

Vom Büchermarkt. W. von Schramm: "Radikale Politik".

Verlag Duncker & Humboldt, München, 1932. M 2.80.

Aus einer Besprechung der

"Germania" Nr. 129 vom 12.5.1933

"Radikale Politik" nennt Wilhelm von Schramm seine Schrift"; er hätte sie auch universal, christlich oder katholisch bezeichnen können. Der (unausgesprochene) Grundsatz seiner geschichtlichen Urteile und prinzipiellen Forderungen kann so formuliert werden: das mittelalterliche Heilige Römische Reich ist die politische Verfassung des Abendlandes und der Welt, die der Natur wie der Übernatur, den christlichen Staaten wie der universalen Kirche voll entspricht. Diese Wahrheit, die durchaus nicht von allen Katholiken gekannt und anerkannt wird, bedeutet im Munde eines Nichtkatholiken mehr als das Ergebnis geschichtlicher Forschung und mehr als ein "romantisches" Ideal! W. von Schramm beruft sich zwar ausdrücklich auf die Romantik, besonders auf Franz von Baader; aber er sieht und versteht sie in einer so realpolitischen Weise, wie man sie manchem heutigen Ideologen des "Reiches" wünschen möchte. - Wir zitieren einige der wichtigsten Ergebnisse dieser beleutsamen Schrift über die Grundlagen einer "Großen Politik" (wie Nietzsche sagen würde), von der das künftige Schicksal Europas abhängen wird....

Im Hinblick auf dieses erneuerte Mittelalter untersucht W. von Schramm den Bolschewismus, sowie das politische Leben in Deutschland und skizziert schließlich die Grundzüge einer neuen und zugleich alten Ordnung des Reiches. Was die letzten Päpste in theologischer Hinsicht mit dem Satze "Omnia restaurare in Christo" (Alles erneuern in Christus) bezeichnet haben, das verfolgt in politischer Hinsicht die "Radikale Politik" - soweit es heute schon mit Worten und Schriften verfolgbar ist.

J. Pf.